



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XI/178 - 6. August 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur kommenden Festsetzung der Wehrpflichtdauer	S. 1
Währungsreform in Italien geplant	S. 3
Zum Kreditabkommen zwischen Belgrad und Pankow	S. 5
Mißbrauch der Bremer Ausstellung "Landwirtschaft und Wirtschaft"	S. 6

## 18 oder 12 Monate Dienstzeit?

s. Das Wehrpflichtgesetz wurde vom Bundestag mit 269 gegen 166 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Ist der Einführung der 18monatigen Dienstzeit die gleiche Mehrheit sicher? Wir glauben es nicht, obwohl Sonderbotschafter Bundespr. ssechef v. Eckardt mit der Weitergabe der angeblichen amerikanischen Empfehlung von sogar zwei Jahren Dienstzeit an den Kanzler den Befürwortern von wenigstens 18 Monaten offensichtlich den Rücken stärken wollte.

Die 20 Stimmenthaltungen der Freien Demokraten werden sich bei der Abstimmung über die Wehrpflichtdauer vermutlich in ein Votum zugunsten des 12monatigen Wehrdienstes verwandeln, da die FDP bereits bei den Beratungen zum Wehrpflichtgesetz einen entsprechenden Antrag eingebracht und einmütig unterstützt hatte. Es bleibt dann noch eine Differenz von 80 Stimmen, da der BHE für die 12monatige Wehrpflicht eintritt und die SPD die 18monatige Wehrpflicht ebenfalls ablehnt. Diese Differenz von 80 Abgeordneten könnte schon dadurch aufgehoben, ja es könnte ein Votum zugunsten der 12monatigen Wehrpflicht erreicht werden, wenn nur 40 Abgeordnete der CDU/CSU die Ansichten ihrer Abgeordneten Dr. Lenz und Dr. Jaeger billigen würden, welche sich öffentlich für die 12monatige Wehrdienstzeit ausgesprochen haben.

Es ist zumindest unentschieden, ob sich in der CDU/CSU eine solche Gruppe findet oder nicht. Uns aber will scheinen, dass nur durch Fraktionszwang ihr Zustandekommen verhindert werden könnte. Wollte der

ODU-Geschäftsführer Rasner etwa mit seiner Feststellung, "Die Mehrheit der Fraktion" unterstütze Blanks Forderung nach der 18monatigen Dienstzeit, verhindern, dass sich etliche Abgeordnete im Urlaub, fern der Bonner Befehlszentrale, für die Argumente zugunsten der 12monatigen Wehrpflicht überzeugen lassen?

Auch der Bundesrat hat beim ersten Durchgang des Wehrpflichtgesetzes zu erkennen gegeben, dass er nicht bereit ist, einer 18monatigen Dienstzeit zuzustimmen. Dieser Beschluss des Bundesrates wurde mit Überwiegender Mehrheit nur gegen die Stimmen Schleswig-Holsteins und bei Enthaltung Hamburgs und Niedersachsens gefasst. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass der Bundesrat seine Haltung inzwischen geändert hat. Auch ist ja die Festlegung der Dauer des Grundwehrdienstes gerade deshalb aus dem Wehrpflichtgesetz ausgeklammert worden, weil der Bundesrat einer 18monatigen Dienstzeit nicht zugestimmt und gegen sie den Vermittlungsausschuss angerufen hätte.

Soll aber der Konflikt, der durch die Ausklammerung der Dienstzeit aus dem Wehrpflichtgesetz vermieden wurde, nun doch noch ausgetragen werden? Das könnte nur zwei Ergebnisse haben: Entweder fällt die Entscheidung über die Wehrpflichtdauer in Vermittlungsausschuss, obwohl gerade diese Entscheidung keine Kompromisse zulässt, wenn sachlich verwertbare Ergebnisse erzielt werden sollen; oder die Bundesregierung bestreitet, dass der Bundesrat - worauf er besteht - überhaupt einem Gesetz über die Regelung der Dienstzeiten zustimmen muss und beschwört damit einen Verfassungskonflikt herauf, der unabsehbare Konsequenzen haben und das Verhältnis zwischen Bund und Ländern arg verschlechtern müsste.

Zuletzt sollten sich jene 40 bis 50 CDU/CSU-Abgeordnete auch vor Augen halten, dass es ausgerechnet der erste Wehrexperte und der erste Propagandaspezialist ihrer Partei sind, die sich für die 12monatige Wehrpflicht einsetzen, der letztere sicher nicht ohne wohl begründete Überlegungen in Bezug auf den kommenden Wahlkampf.

So ist also noch keineswegs ausgemacht, ob der Bundesverteidigungsminister sich diesmal gegen das Parlament durchsetzt. Die Entscheidung darüber, ob im Dezember die 12- oder die 18monatige Wehrpflicht auf dem Gabentisch der 20jährigen liegt, ist noch durchaus offen, gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtige Phase des allgemeinen Abrüstungsgesprächs.

\* \* \*

Ende der Lira?

PE-Rom, Anfang August

Seit geraumer Zeit tauchen in Rom immer wieder Gerüchte auf, wonach die italienische Regierung eine Reform der Lira-Währung beabsichtige. Vor etwa Jahresfrist war davon die Rede, die Lira solle durch eine neue Währungseinheit mit Namen "Piorino" ersetzt werden, doch wurde es dann bald wieder still um solche und ähnliche Pläne. Jetzt aber verlautet von neuem, und mit grösserer Bestimmtheit als je zuvor, schon im kommenden Herbst werde die durch die Inflation der Kriegs- und Nachkriegsjahre stark in Mitleidenschaft gezogene italienische Währung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Studienabteilung der "Banca d'Italia", der italienischen Nationalbank, so heisst es, habe ihre darauf bezüglichen Vorarbeiten bereits abgeschlossen und konkrete Massnahmen ausgearbeitet, die in Bälde verwirklicht werden sollen.

Die zu sehr an die Zeiten der österreichischen Fremdherrschaft erinnernde Bezeichnung "Piorino" (Gulden) für die neue Währungseinheit scheint freilich mittlerweile wieder fallengelassen worden zu sein; vielmehr gedenkt man dem Vernehmen nach auf das alte Wort "Scudo" zurück greifen zu wollen, das bis vor etwa hundert Jahren in Italien ungefähr soviel bedeutete wie unser Wort "Taler".

Dieser neu einzuführende "Scudo" soll zur heutigen Lira in Verhältnis von 1 zu 100 stehen, so dass also hundert Lire gleich einem Scudo wären. Mit der Einführung dieser hundertmal grösseren Einheit und der Ersetzung der Lire durch Scudi-Noten würde schlagartig die verwirrende "Nullen-Inflation" beseitigt werden, die heute im italienischen Geldwesen herrscht. Nach den Absichten der "Banca d'Italia" und der Regierung hat die geplante Operation an sich nicht den Charakter einer Geldabwertung. Sie wäre im wesentlichen mit dem seinerzeitigen Übergang Österreichs von der Kronen- zur Schillingwährung zu vergleichen, bei dem allerdings das Umtauschverhältnis nicht 1 : 100, sondern gleich 1 : 10 000 betrug. Tritt anstelle der Lira eine hundertmal wertvollere Währungseinheit, so ergibt sich für den neuen "Scudo" eine internationale Kursnotierung, die ungefähr zwei Dritteln der DMark oder des Schweizer Franken entspräche.

Man mag es als Hinweis auf die seit langem bestehenden Absichten für eine Währungsreform ansehen, dass die heute in Unlauf befind-

lichen Münzen zu 5 und 10 Lire - praktisch das einzige italienische Hartgeld - zwar die Wertangabe in Ziffern aufweisen, jedoch keinerlei Angabe der Währung. Hierbei handelt es sich zweifellos nicht etwa um ein Versehen, sondern um bewusste Absicht. Offenbar wollte man bereits zu dem Zeitpunkt, als die Entwürfe für diese Münzen in Auftrag gegeben wurden, die Möglichkeit offenlassen, eines Tages den Namen der Währungseinheit zu ändern, ohne diese in grossen Mengen ausgegebenen Münzen wieder einzuziehen zu müssen. Diese 5- und 10-Lirestücke würden eben vom Augenblick der Währungsreform zum Kleingeld der neuen Währung werden, und zu den Ziffern 5 oder 10 wäre dann nicht mehr das Wort "Lire", sondern das Wort "Centesimi" hinzuzudenken.

So einfach sich die ganze Operation vom Schreibtisch des Währungsfachmanns aus ausnimmt, so ergaben sich doch gerade im Falle Italiens gewisse Probleme psychologischer Natur. Es dürfte nämlich keineswegs leicht sein, die Auswirkungen einer solchen Umstellung auf die italienische Bevölkerung und damit auf das nationale Lohn-Preisgefüge im voraus genau abzuschätzen.

Der kleine Beamte und Angestellte etwa, der heute am Monatsende seine 40 000 oder 50 000 Lire heimbringt, wähnt sich noch immer im Besitz von relativ viel Geld, weil der Begriff des "Tausenders" von früheren Zeiten her in ihm die Vorstellung einer erheblichen Summe weckt. Erhält er jetzt stattdessen "nur" 400 oder 500 Scudi, so dürfte er sich plötzlich weit ärmlicher vorkommen als zuvor, obwohl sich in Wirklichkeit nichts geändert hat als sein Name.

Die Vermutung liegt nahe, dass aus solchen psychologischen Gründen die Währungsreform früher oder später eine ganze Reihe von neuen Lohn- und Gehaltsforderungen auslösen und damit die reale Wertbeständigkeit des "Scudo" auf eine harte Probe stellen dürfte. Dahingehende Befürchtungen sind es wohl auch gewesen, die die Regierung bisher immer wieder von dem seit langer geplanten Schritt abhielten. Auch ist die Vermutung nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die verantwortlichen Stellen Italiens sich mit der Absicht tragen, die Umstellung auf die "Scudi"-Währung mit der von dem deutschen Wirtschaftsminister Erhard angeregten internationalen Währungsvereinigung zu verknüpfen. In diesem Falle aber würde zu der Währungs umstellung zusätzlich noch eine Währungsabwertung hinzukommen, für die angesichts der weitgehend überhöhten italienischen Preise gar manches volkswirtschaftliche Argument zu sprechen scheint. \* \* \*

### Die Schattenseiten einer Drohung

sp. Die Öffentlichkeit ist am Montag durch die Mitteilung beunruhigt worden, der Abschluss eines Kreditabkommens zwischen Belgrad und Pankow sei als Vorstufe für die alsbaldige offizielle Anerkennung der Zonenregierung durch Jugoslawien zu werten. Entsprechende Kommentare in der Zonenpresse könnten nun als Stimmungsmache hingenommen werden, wenn nicht zu gleicher Zeit der jugoslawische Außenminister in Belgrad einer westdeutschen Zeitung auf eine entsprechende Frage die zweideutige Antwort gegeben hätte: "Ich sehe nicht, wie es möglich wäre, den Akt einer de jure-Anerkennung schweigend zu vollziehen."

Es stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Haltung der Jugoslawen. Da es sich bei dem Kreditabkommen um ein Vertragswerk handelt, an dem auch die Sowjetunion mit einem, übrigens nur gleich hohen Betrag beteiligt ist, liegt die Vermutung einer Absprache Titos während seines letzten Aufenthalts in Moskau nahe. Bei dieser Gelegenheit hätten dann beide Partner sich gegenseitig einen Gefallen getan: Tito erhielt zusätzlich durch Pankow eine wichtige wirtschaftliche Unterstützung und Moskau die Genugtuung einer politischen Stärkung des Pankowregimes durch Belgrad.

Aber die Angelegenheit ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt zu sehen, dem der anhaltenden Verstimmung Belgrads über die Haltung der Bundesrepublik. Die schlechte, oder nur nachlässig-unfreundliche Behandlung eines durch die internationale Konstellation begünstigten und deshalb von verschiedenen Seiten umworbenen Landes zahlt sich nie aus. Um sich dessen zu erinnern, braucht man nicht einmal auf die weiter zurückliegende Vergangenheit der Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad einzugehen. Noch am letzten Tage der vergangenen Bundestagssession, am 6. Juli, warnte die SPD durch ihren Abgeordneten Kalbitzer davor, den Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Ratifizierung am Vortage bereits auf der Tagesordnung gestanden hatte, wieder abzusetzen, und damit erneut langfristig zu vertagen. Das würde man in Belgrad als Erüskierung empfinden, man werde damit politisches Porzellan zerschlagen. Die Warnung wurde in den Wind geschlagen, und es ist sehr wohl möglich, dass zwischen dieser Tatsache und der neusten Entwicklung ein enger Zusammenhang besteht.

Natürlich denkt man bei alledem auch an jene Erklärung des Außenministers von Brentano, die Bundesregierung würde die Anerkennung Pankows durch Stalin, mit denen sie selbst diplomatische Beziehungen unterhält, als unfreundlichen Akt ansehen, der die Fortführung dieser Beziehungen in Frage stellen könnte. Das war eine Feststellung von höchst fragwürdigem politischen Wert. Sie musste in dem Augenblick geradezu schädlich werden, in dem man einem so gewarnten Staat auch noch ausgesprochen unfreundlich begegnete. Hoffentlich lassen sich noch Wege finden, einer Entwicklung in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Zonenregime vorzubeugen, die für die Bundesrepublik recht unerfreulich wäre.

Zuchtbullen lieber als Panzer

In diesem Monat findet in Bremen die Ausstellung "Landwirtschaft und Wirtschaft" statt. Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wurde, plant die Leitung dieser Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände einen Panzer, ein Wehr-Werbezelt und eine Uniformschau der Öffentlichkeit vorzuführen. Gegen diesen Plan haben Hermann Wolters als Senator für die Landwirtschaft, sowie der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hermann Hansing schärfstens protestiert. Wolters schrieb der Ausstellungsleitung folgenden Brief:

"Bei seiner Entscheidung, das Wehrpflichtgesetz im Bundesrat abzulehnen, drückte der Senat sicherlich den Willen des grössten Teils der bremischen Bevölkerung aus; umsomehr überrascht die Mitteilung der Leitung der Bremer Ausstellung für "Landwirtschaft und Wirtschaft", dass es ihr gelungen sei, vom Bundesministerium für Verteidigung einen Panzer als Ausstellungsobjekt zu gewinnen. Die Bereitschaft des Verteidigungsministeriums, diesen Panzer zur Verfügung zu stellen, zielt offensichtlich darauf hin, anlässlich dieser Ausstellung eine breite Werbung für den Wehrpflichtgedanken durchzuführen.

Nach meiner Auffassung mag Herr Bundesminister Blank werben wo immer er will, ob jedoch die Bremer Ausstellung der richtige Ort dafür ist, wird nicht nur von mir, sondern von vielen einsichtigen Bürgern unserer Stadt bezweifelt.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es dem Ausstellungszweck diene, wenn man die lächelnden Besucher durch Zurschaustellung eines Panzers an die grossen Lunsch den erinnert, die erst kürzlich in der Lüneburger Heide durch Panzer-Flieger entstanden sind.

Die Besucher der Ausstellung kommen nach Bremen, um sich über den Stand der Landmaschinen-Technik und der Bremer Wirtschaft zu informieren. Aus diesem Grunde habe ich die mir nachgeordneten Dienststellen - Pflanzenschutzamt und Wirtschaftsberatungsstelle - alljährlich veranlasst, sich an der Ausstellung zu beteiligen, und die Bremer Bürgerschaft hat auch im Haushalt entsprechende Mittel dafür zur Verfügung gestellt.

In der Aufstellung eines Panzers als Blickfang sehe ich jedoch einen Missbrauch des Ausstellungszweckes und werde deshalb gezwungen sein, die mir unterstellten Dienststellen anzuweisen, sich nicht an der Aus-

SPD-Fressedienst

F/XI/178

- 7 -

6. August 1956

stellung zu beteiligen,

Wenn schon für Attraktionen Bedürfnis besteht, dann empfehle ich dem Veranstalter, einige Zuchtbullen der Besamungsstation statt des Panzers kommen zu lassen, da diese der Landwirtschaft verbundener sind."

\*

In dem Schreiben Hansings, MdB., an den Senator a.D. Bölker, dem Leiter der Ausstellung, heisst es u.a.:

"Wie ist es möglich, dass ein Mann wie Sie, eine Vermenschung von Ausstellung und Wehrwerbung zulässt? Finden Sie es nicht als eine Verhöhnung jener Bauern, die noch vor wenigen Tagen gegen die Verwüstung ihrer Ländereien durch Panzer im Raum Niedersachsens protestierten? Warum, Herr Senator, machen Sie keine Sonderschau der Kriegsgräberfürsorge, damit der junge Mensch sieht, wie ein Massengrab aussieht! Trotzdem ist die Leitung entschlossen, dieses Monstrum von Panzer auffahren zu lassen. Was würde die Messeleitung in Hannover gesagt haben, wenn auf der dortigen Ausstellung so etwas geplant gewesen wäre? Hier in Bremen betätigt sich die Leitung der Landesausstellung "Landwirtschaft und Wirtschaft" als Schrittmacher des Verteidigungsministers.

Zum anderen glaube ich, dass seitens der Bürgerschaft Zuschüsse für diese Ausstellung im Haushaltsplan unter Landwirtschaftliche Ausstellung ausgesetzt sind. Es steht keine Summe dabei für Wehrpropaganda des Herrn Blank.

Sehr geehrter Herr Senator! Ich glaube, dass ich bestimmt im Auftrage meiner Wähler sprechen darf, wenn ich Sie zum Schluss herzlich bitte, von dem geplanten Vorhaben Abstand zu nehmen und der Ausstellung durch Fernhalten des Panzers den Sinn zu geben, unter der sie herausgestellt wird: Ausstellung für "Landwirtschaft und Wirtschaft".

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau